



## Heinz Troschitz

Richard-Münch-Str. 39, 13591 Berlin-Spandau

Geschäftsführer SMV f. Verbraucherschutz e.V.

Mobil: 0170/ 272 89 77

[www.heinz-troschitz.de](http://www.heinz-troschitz.de)

E-Mail: [h.troschitz@gmx.de](mailto:h.troschitz@gmx.de)

Berlin, 26.02.2021

# 04/2021 Presseinformation

## Gesundheitssystem vor dem Abgrund

Die Diskussion um Pflegekräfte in Deutschland hat noch einmal an Schärfe zugenommen, nachdem der Caritasverband sein Veto gegen einheitliche Bezahlung und Absicherung der ArbeitnehmerInnen in Deutschland eingelegt hat. Dadurch ist mit einer dramatischen Verschlimmerung auch für die Patienten nicht nur zu rechnen, sondern über alle Befürchtungen hinaus steht das System der Pflegekräfte einschließlich Krankenschwestern und Ärzten in den Kliniken sowie den ambulanten Diensten Deutschlands vor dem Kollaps. Die Pflegekräfte und die Patienten werden die Opfer derer sein, die in amateurhafterweise in unserem Land und in dem Gesundheitssystem herumdoktern. Erst wenn die vermeintlichen Heilbringer in den Parlamenten selbst im Pflegebett liegen, werden sie möglicherweise erkennen, in welcher Situation sie sich selbst gebracht haben. Natürlich hoffen dieses als Privilegierte, eine Besserbehandlung zu erhalten.

Mein Fazit: Bei dem derzeitigen Zustand unseres Gesundheitssystems bleibt nur zu hoffen, dass ein tragfähiges System der Sterbehilfe eingeführt wird, damit sich Menschen aus dem Rennen nehmen können, die in die Mühlsteine des Systems geraten sind. Auch der Umgang mit den notwendigen Impfstoffen bei derzeitiger Pandemie, verbunden mit einem Verbotssystem und den fehlenden Aussichten auf Lockerungen, gepaart mit der gestrigen Talkshow „Maybrit Illner“, ist der Bundesregierung insgesamt ein schlechtes Management vorzuwerfen. Und das föderalistische System trägt dazu bei, unser gesellschaftliches und wirtschaftlich stabiles System an den Abgrund zu führen und unser Land damit schweren Schaden zuzufügen. Daraus ergibt sich für mich die Forderung als erstes Zeichen des Erkennens, den Rücktritt des Gesundheitsministers Spahn zu fordern.